

Pressemitteilung

25. Februar 2019

Solidarität in der Sozialen Marktwirtschaft

Laschet: „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Werte der Sozialen Marktwirtschaft.“

Berlin – Der Solidargedanke ist elementarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Wer nicht in der Lage ist, hinreichend für sich selbst zu sorgen, dem wird in der Sozialen Marktwirtschaft unter anderem durch Umverteilung geholfen. Solidarische Zahlungen dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern müssen vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Gewichtung und Priorisierung der staatlichen Hilfen müssen daher ständig überprüft und justiert werden.

Über den Stellenwert des solidarischen Gedankens in der Sozialen Marktwirtschaft diskutierten am Montag in Berlin **Armin Laschet**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Prof. Dr. Wolfgang Huber**, ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche und **Wolfgang Clement**, Kuratoriumsvorsitzender der INSM.

Laschet: „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Werte der Sozialen Marktwirtschaft. Wie keine andere Wirtschaftsordnung verbindet sie Freiheit mit Verantwortung sowie fairem Wettbewerb, Leistungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich. Dazu gehört auch, dass Unternehmen nicht mit überbordender Bürokratie belastet werden. Nur so schaffen wir Raum für Investitionen und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft.“

Huber: „Das deutsche Grundgesetz verdeutlicht die Zusammengehörigkeit von Marktwirtschaft und Solidarität an der Gemeinwohlbindung des Eigentums. In der Debatte um die steuerliche Behandlung von leistungsloser Bodenwertsteigerung wird das konkret.“ Huber kritisierte zudem den Vorschlag eines „solidarischen“ Grundeinkommens, der von der Aufgabe zureichender Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen ablenkt.

Clement: „Was wir benötigten, das wäre eine neue bürgerschaftliche, durchaus professionell zu steuernde ehrenamtliche Bewegung, eine Besinnung auf das Gemeinwohl als gemeinsame Aufgabe zur Unterstützung der Menschen, die auf pflegende Hilfe angewiesen sind. Es geht darum, Freiheit und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Also: die Prinzipien der gemeinsamen Verantwortung in Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben ganz praktisch zu stärken – und nicht nur über Geld zu definieren!“

Die Veranstaltung wurde moderiert von Dr. Jacqueline Boysen.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de